

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Änderungsprotokoll vom 21. Januar 2010
zum Abkommen vom 11. April 1967
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Belgien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen
und zur Regelung verschiedener anderer Fragen
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern
sowie des dazugehörigen Schlussprotokolls
in der Fassung des Zusatzabkommens vom 5. November 2002**

A. Problem und Ziel

Im Verhältnis zu Belgien war bisher nur ein eingeschränkter Auskunftsaustausch möglich, da Belgien den Standard, wie ihn die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Rahmen ihres Programms zur Eindämmung des schädlichen Steuerwettbewerbs entwickelt und in das Musterabkommen 2005 übernommen hat, nicht akzeptierte.

B. Lösung

Das Änderungsprotokoll vom 21. Januar 2010 enthält die notwendigen Regelungen, den Auskunftsaustausch nach OECD-Standard umzusetzen. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Änderungsprotokoll zu dem geltenden Doppelbesteuerungsabkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 09. 07. 10

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG.

D. Finanzielle Auswirkungen**1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand**

Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich keine negativen Auswirkungen. Durch die besseren Informationsmöglichkeiten dürften sich Steuermehreinnahmen ergeben.

2. Vollzugsaufwand

Kein nennenswerter Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Die Wirtschaft ist durch das Gesetz nicht unmittelbar betroffen. Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

F. Bürokratiekosten

Durch das Änderungsprotokoll werden fünf Informationspflichten für die Verwaltung erweitert. Die Erweiterung beinhaltet die Übernahme der Regelung zum Auskunftsaustausch entsprechend dem OECD-Standard 2005. Wegen fehlender Daten ist eine Quantifizierung jedoch nicht möglich.

Ifd. Nr.	Vorschrift	Informationspflicht	Bürokratiebe-/entlastung für				Fallzahl	Periodizität	Herkunft in %		
			Bürger in min je Fall (einschl. Periodizität)	Bürger (sonst. Kosten in EUR) je Fall (einschl. Periodizität)	Unternehmen in Tsd. EUR (insgesamt)	Verwaltung in Tsd. EUR (insgesamt)			A	B	C
1	Artikel 26 i. V. m. geändertem Schlussprotokoll Nummer 15a Buchstabe b	Pflicht der ersuchten Behörde zur Mitteilung über unzutreffende Daten				.	.	1,00	100	0	0
2	Artikel 26 i. V. m. geändertem Schlussprotokoll Nummer 15a Buchstabe c	Unterrichtung der ersuchten Vertragspartei über Verwendung der übermittelten Daten und dadurch erzielten Ergebnisse auf Antrag der ersuchten Vertragspartei				.	.	1,00	100	0	0
3	Artikel 26 i. V. m. geändertem Schlussprotokoll Nummer 15a Buchstabe d	Empfangende Stelle muss Betroffenen über die Datenerhebung unterrichten				.	.	1,00	100	0	0
4	Artikel 26 i. V. m. geändertem Schlussprotokoll Nummer 15a Buchstabe e	Auskunftserteilung an den Betroffenen über die über ihn erhobenen Daten und über den vorgesehenen Verwendungszweck				.	.	1,00	100	0	0
5	Artikel 26 i. V. m. geändertem Schlussprotokoll Nummer 15a Buchstabe h	Mitteilung der ersuchten Behörde über besondere Lösungsfristen in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten				.	.	1,00	100	0	0

national
EU-Ebene
international

Summe ohne Einmalkosten in EUR					0	0
Summe Einmalkosten in EUR					0	0

28. 05. 10

Fz

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Änderungsprotokoll vom 21. Januar 2010
zum Abkommen vom 11. April 1967
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Belgien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen
und zur Regelung verschiedener anderer Fragen
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern
sowie des dazugehörigen Schlussprotokolls
in der Fassung des Zusatzabkommens vom 5. November 2002**

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 28. Mai 2010

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Bürgermeister
Jens Böhrnsen
Präsident des Senats der
Freien Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Herr Präsident,

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 des Grundgesetzes
den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Änderungsprotokoll vom 21. Januar 2010
zum Abkommen vom 11. April 1967 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppel-
besteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf
dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern sowie des
dazugehörigen Schlussprotokolls in der Fassung des Zusatzabkommens
vom 5. November 2002

mit Begründung und Vorblatt.

Der Gesetzentwurf ist besonders eilbedürftig, um das Gesetzgebungs-
verfahren zügig abzuschließen und die Ratifikationsurkunden noch in 2010
auszutauschen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel

Fristablauf: 09. 07. 10

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG.

Entwurf**Gesetz**

**zu dem Änderungsprotokoll vom 21. Januar 2010
zum Abkommen vom 11. April 1967
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Belgien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen
und zur Regelung verschiedener anderer Fragen
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern
sowie des dazugehörigen Schlussprotokolls
in der Fassung des Zusatzabkommens vom 5. November 2002**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 21. Januar 2010 unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Abkommens vom 11. April 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern (BGBl. 1969 II S. 17, 18) sowie des dazugehörigen Schlussprotokolls in der Fassung des Zusatzabkommens vom 5. November 2002 (BGBl. 2003 II S. 1615, 1616) wird zugestimmt. Das Änderungsprotokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Änderungsprotokoll nach seinem Artikel III Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Änderungsprotokoll findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 108 Absatz 5 des Grundgesetzes erforderlich, da das Änderungsprotokoll Verfahrensregelungen enthält, die sich auch an die Landesfinanzbehörden richten.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Änderungsprotokoll nach seinem Artikel III Absatz 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Das Änderungsprotokoll ermöglicht es den deutschen Finanzbehörden, Einkünfte in Steuersachen in einem größeren Umfang als bisher von den belgischen Finanzbehörden einzuholen. Dies wird in gewissem Umfang zur Erhöhung des Steueraufkommens führen, das dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließt. Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Protokoll
zur Änderung des Abkommens vom 11. April 1967
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen
und zur Regelung verschiedener anderer Fragen
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern
sowie des dazugehörigen Schlussprotokolls
in der Fassung des Zusatzabkommens vom 5. November 2002

Protocole
modifiant la Convention
entre la République Fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique
en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions
en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune,
y compris la contribution des patentes
et les impôts fonciers,
et son Protocole final,
signés à Bruxelles le 11 avril 1967,
tels que modifiés par la Convention additionnelle
signée à Bruxelles le 5 novembre 2002

Protocol
tot wijziging van de Overeenkomst tussen
de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk België
tot voorkoming van dubbele belasting
en tot regeling van sommige andere aangelegenheden
inzake belastingen van inkomen en van vermogen
met inbegrip van de ondernemingsbelasting
en de grondbelastingen,
en van diens slotprotocol,
ondertekend te Brussel op 11 april 1967,
zoals gewijzigd door de Aanvullende Overeenkomst
ondertekend te Brussel op 5 november 2002

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Belgien –

La République Fédérale d'Allemagne
Et
Le Royaume de Belgique –

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk België

von dem Wunsch geleitet, ein Protokoll zur Änderung des Abkommens vom 11. April 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern sowie des dazugehörigen Schlussprotokolls in der Fassung des Zusatzabkommens vom 5. November 2002 (nachfolgend „das Abkommen“ genannt) zu schließen –

Désireux de conclure un Protocole modifiant la Convention entre la République Fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, y compris la contribution des patentes et les impôts fonciers, et son Protocole final, signés à Bruxelles le 11 avril 1967, tels que modifiés par la Convention additionnelle signée à Bruxelles le 5 novembre 2002 (ci-après dénommés «la Convention») –

Wensende een Protocol af te sluiten tot wijziging van de Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk België tot voorkoming van dubbele belasting en tot regeling van sommige andere aangelegenheden inzake belastingen van inkomen en van vermogen met inbegrip van de ondernemingsbelasting en de grondbelastingen en van diens slotprotocol, ondertekend te Brussel op 11 april 1967, zoals gewijzigd door de Aanvullende Overeenkomst ondertekend te Brussel op 5 november 2002 (hierna te noemen „de Overeenkomst”),

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Artikel 26 des Abkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 26 Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die durch oder für Rechnung eines Vertragsstaats und im Falle Deutschlands für ein Land oder eine seiner Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung über Rechtsmittel hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen können die Informationen für andere Zwecke verwendet werden, wenn sie nach dem Recht beider Staaten für diese anderen Zwecke verwendet werden können und die zuständige Behörde des übermittelnden Staates dieser Verwendung zugestimmt hat. Ohne vorherige Zustimmung des übermittelnden Staates ist eine Verwendung für andere Zwecke nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden dringenden Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit einer Person oder zum Schutz bedeutender Vermögenswerte erforderlich ist und Gefahr im Verzug besteht. In diesem Fall ist die zuständige Behörde des übermittelnden Staates unverzüglich um nachträgliche Genehmigung der Zweckänderung zu ersuchen. Wird die Genehmigung verweigert, ist die weitere Verwendung der Informationen für den anderen Zweck unzulässig.

sont convenus des dispositions suivantes:

Article I

L'article 26 de la Convention est rédigé comme suit:

«Article 26 Echange de renseignements

(1) Les autorités compétentes des Etats contractants échangent les renseignements vraisemblablement pertinents pour appliquer les dispositions de la présente Convention ou pour l'administration ou l'application de la législation interne relative aux impôts de toute nature ou dénomination perçus par ou pour le compte d'un Etat contractant et, en ce qui concerne l'Allemagne, pour un Land ou l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales, dans la mesure où l'imposition qu'elle prévoit n'est pas contraire à la Convention. L'échange de renseignements n'est pas restreint par les articles 1 et 2.

(2) Les renseignements reçus en vertu du paragraphe 1 par un Etat contractant sont tenus secrets de la même manière que les renseignements obtenus en application de la législation interne de cet Etat et ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et organes administratifs) concernées par l'établissement ou le recouvrement des impôts mentionnés au paragraphe 1, par les procédures ou poursuites concernant ces impôts, par les décisions sur les recours relatifs à ces impôts, ou par le contrôle de ce qui précède. Ces personnes ou autorités n'utilisent ces renseignements qu'à ces fins. Elles peuvent révéler ces renseignements au cours d'audiences publiques de tribunaux ou dans des jugements. Nonobstant les dispositions qui précèdent, ces renseignements peuvent être utilisés à d'autres fins lorsque cette possibilité résulte des lois des deux Etats et lorsque l'autorité compétente de l'Etat qui fournit les renseignements autorise cette utilisation. L'utilisation à d'autres fins sans l'autorisation préalable de l'Etat qui fournit les renseignements n'est permise que si cette utilisation est nécessaire en vue d'écarter, dans un cas particulier, une menace imminente pour la vie, l'intégrité physique ou la liberté d'une personne, ou en vue de protéger des avoirs importants, et si tout délai comporte un risque. En pareil cas, l'autorisation rétroactive d'utiliser les renseignements à d'autres fins doit être demandée sans délai à l'autorité compétente de l'Etat qui fournit les renseignements. Si cette autorisation est refusée, les renseignements ne peuvent plus être utilisés à ces autres fins.

Zijn het volgende overeengekomen:

Artikel I

Artikel 26 van de Overeenkomst luidt als volgt:

“Artikel 26 Uitwisseling van inlichtingen

(1) De bevoegde autoriteiten van de overeenkomstsluitende Staten wisselen de inlichtingen uit die naar verwachting relevant zijn voor de uitvoering van de bepalingen van deze Overeenkomst of voor de toepassing of de tenuitvoerlegging van de nationale wetgeving met betrekking tot belastingen van elke soort en benaming die worden geheven door of ten behoeve van een overeenkomstsluitende Staat en, wat Duitsland betreft, voor een Land of een van de staatkundige onderdelen of plaatselijke gemeenschappen daarvan, voor zover de belastingheffing waarin die nationale wetgeving voorziet niet in strijd is met de Overeenkomst. De uitwisseling van inlichtingen wordt niet beperkt door de artikelen 1 en 2.

(2) De door een overeenkomstsluitende Staat ingevolge paragraaf 1 verkregen inlichtingen worden op dezelfde wijze geheim gehouden als inlichtingen die onder de nationale wetgeving van die Staat zijn verkregen en worden alleen ter kennis gebracht van personen of autoriteiten (daaronder begrepen rechterlijke instanties en administratieve lichamen) die betrokken zijn bij de vestiging of invordering van de in paragraaf 1 bedoelde belastingen, bij de tenuitvoerlegging of vervolging ter zake van die belastingen of bij de beslissing in beroepszaken die betrekking hebben op die belastingen, of bij het toezicht daarop. Deze personen of autoriteiten gebruiken die inlichtingen slechts voor die doeleinden. Zij mogen van deze inlichtingen melding maken tijdens openbare rechtszittingen of in rechterlijke beslissingen. Niettegenstaande de voorafgaande bepalingen, mogen de inlichtingen voor andere doeleinden worden gebruikt indien ze overeenkomstig de wetgeving van beide Staten voor die andere doeleinden mogen worden gebruikt en indien de bevoegde autoriteit van de Staat die de inlichtingen verstrekt, de toestemming geeft voor dat gebruik. Het gebruik voor andere doeleinden zonder de voorafgaande toestemming van de Staat die de inlichtingen verstrekt is enkel toegestaan wanneer zulks noodzakelijk is om te voorkomen dat er zich in een specifiek geval voor een persoon levensgevaar, gevaar voor lichamelijk letsel of risico op het verlies van zijn vrijheid zou voordoen, of om aanzienlijke activa te beschermen wanneer elk uitsstel een risico inhoudt. In dergelijk geval moet de bevoegde autoriteit van de Staat die de inlichtingen verstrekt onverwijld gevraagd worden om haar toestemming met terugwerkende kracht te verlenen voor de wijziging in het gebruik. Indien de toestemming geweigerd wordt mogen de

(3) Absätze 1 und 2 sind nicht so auszu-legen, als verpflichteten sie einen Vertrags-staat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwal-tungsverfahren dieses oder des ande-ren Vertragsstaats nicht beschafft wer-den können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Han-dels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäfts-verfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ord-nung (ordre public) widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Ver-fügung stehenden Möglichkeiten zur Be-schaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuer-lichen Zwecke nicht benötigt. Die im vor-hergehenden Satz enthaltene Verpflich-tung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so aus-zulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaat-liches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszu-legen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinsti-tut, einem Treuhandvermögen, einer Stif-tung, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen.

(6) Um die im Rahmen dieses Artikels erbetenen Informationen zu erhalten, ist die Steuerverwaltung des ersuchten Ver-tragsstaats ungeachtet des Absatzes 3 befugt, die Offenlegung von Informationen zu verlangen sowie Ermittlungen und Ver-nehmungen durchzuführen.

(7) Die im innerstaatlichen Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Straf-maßnahmen für Personen, die für die Durchführung der innerstaatlichen Steuer-gesetze erhebliche Informationen vorent-halten, gelten, als sei die Pflicht zur Ertei-lung der Informationen nach Absatz 5 und 6 in den innerstaatlichen Steuergeset-zen des ersuchten Staates vorgesehen.

(3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne peuvent en aucun cas être interpré-tées comme imposant à un Etat contrac-tant l'obligation:

a) de prendre des mesures administrati-ves dérogeant à sa législation et à sa pratique administrative ou à celles de l'autre Etat contractant;

b) de fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre Etat contractant;

c) de fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

(4) Si des renseignements sont deman-dés par un Etat contractant conformément au présent article, l'autre Etat contractant utilise les pouvoirs dont il dispose pour obtenir les renseignements demandés, même s'il n'en a pas besoin à ses propres fins fiscales. L'obligation qui figure dans la phrase précédente est soumise aux limita-tions prévues au paragraphe 3 sauf si ces limitations sont susceptibles d'empêcher un Etat contractant de communiquer des renseignements uniquement parce que ceux-ci ne présentent pas d'intérêt pour lui dans le cadre national.

(5) En aucun cas les dispositions du paragraphe 3 ne peuvent être interprétées comme permettant à un Etat contractant de refuser de communiquer des rensei-gnements uniquement parce que ceux-ci sont détenus par une banque, un autre établissement financier, un trust, une fon-dation, un mandataire ou une personne agissant en tant qu'agent ou fiduciaire ou parce que ces renseignements se ratta-chent aux droits de propriété d'une per-sonne.

(6) Nonobstant le paragraphe 3, en vue d'obtenir des renseignements demandés dans le cadre du présent article, l'adminis-tration fiscale de l'Etat contractant requis a le pouvoir de demander la communication de renseignements et de procéder à des investigations et à des auditions.

(7) Les pénalités prévues par la législa-tion interne de l'Etat requis à l'encontre d'une personne qui omet de fournir des renseignements pertinents pour l'applica-tion de sa législation fiscale interne s'ap-pliquent comme si l'obligation de fournir des renseignements prévue aux paragra-phen 5 ou 6 était une obligation prévue par la législation fiscale interne de l'Etat

inlichtingen niet verder voor die andere doeleinden gebruikt worden.

(3) In geen geval mogen de bepalingen van de paragrafen 1 en 2 aldus worden uit-gelegd dat zij een overeenkomstsluitende Staat de verplichting opleggen:

a) administratieve maatregelen te nemen die afwijken van de wetgeving en de administratieve praktijk van die of van de andere overeenkomstsluitende Staat;

b) inlichtingen te verstrekken die niet ver-krijgbaar zijn volgens de wetgeving of in de normale gang van de administra-tieve werkzaamheden van die of van de andere overeenkomstsluitende Staat;

c) inlichtingen te verstrekken die een han-dels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroeps-geheim of een handelswerkwijze zou-den onthullen, dan wel inlichtingen waarvan het verstrekken in strijd zou zijn met de openbare orde.

(4) Wanneer op basis van dit artikel door een overeenkomstsluitende Staat om inlichtingen is verzocht, gebruikt de ande-re overeenkomstsluitende Staat de midde-len waarover hij beschikt om de gevraagde inlichtingen te verkrijgen, zelfs al heeft die andere Staat die inlichtingen niet nodig voor zijn eigen belastingdoeleinden. De verplichting die in de vorige zin is vervat, is onderworpen aan de beperkingen waarin paragraaf 3 voorziet, maar die beperkin-gen mogen in geen geval aldus worden uitgelegd dat ze een overeenkomstsluiten-de Staat toestaan het verstrekken van inlichtingen te weigeren enkel omdat die Staat geen binnenlands belang heeft bij die inlichtingen.

(5) In geen geval mogen de bepalingen van paragraaf 3 aldus worden uitgelegd dat ze een overeenkomstsluitende Staat toestaan om het verstrekken van inlichtin-gen te weigeren enkel en alleen omdat de inlichtingen in het bezit zijn van een bank, een andere financiële instelling, een trust, een stichting, een gevolmachtigde of een persoon die werkzaam is in de hoedanig-heid van een vertegenwoordiger of een zaakwaarnemer of omdat de inlichtingen betrekking hebben op eigendomsbelan-gen in een persoon.

(6) Ten einde inlichtingen te verkrijgen die in het kader van dit artikel zijn gevraagd, heeft de belastingadministratie van de aangezochte overeenkomstsluiten-de Staat – niettegenstaande paragraaf 3 – de bevoegdheid om te vragen inlichtingen bekend te maken en om een onderzoek en verhoren in te stellen.

(7) Straffen waarin de nationale wetge-ving van de aangezochte Staat voorziet voor iemand die nalaat om inlichtingen te geven die belangrijk zijn voor de uitvoering van zijn binnenlandse belastingwetgeving, zijn van toepassing alsof de verplichting om inlichtingen te geven waarin de para-grafen 5 en 6 voorzien een verplichting was waarin is voorzien door de binnen-

(8) Verweigert eine Person die Erteilung von im Rahmen dieses Artikels erbetenen Informationen oder erteilt sie diese nicht innerhalb der von der Steuerverwaltung des ersuchten Staates festgelegten Frist, so kann der ersuchte Staat gegenüber dieser Person angemessene Zwangsmaßnahmen anwenden. Zu diesen Zwangsmaßnahmen gehören unter anderem Zwangsmittel nach § 328 ff. Abgabenordnung in Deutschland und das Eilverfahren (procédure en référé/procédure in kort geding) in Belgien. Diese Person kann durch Anwendung der nach dem Recht des ersuchten Staates verfügbaren zivil- oder strafrechtlichen Strafmaßnahmen zur Erteilung dieser Informationen gezwungen werden.

(9) Auf ausdrückliches Ersuchen der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats erteilt die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats Informationen nach diesem Artikel in Form von Zeugenaussagen und beglaubigten Kopien unbearbeiteter Originaldokumente (wie zum Beispiel Bücher, Dokumente, Stellungnahmen, Aufzeichnungen, Berichte und Schriftstücke).

(10) Der ersuchte Staat gestattet Vertretern des ersuchenden Staates die Einreise in den ersuchten Staat zur Vernehmung von Personen und zur Prüfung von Büchern und Aufzeichnungen. Diese Vernehmungen oder Prüfungen erfolgen im Rahmen der von den zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten vereinbarten Bedingungen und Beschränkungen.“

Artikel II

Das Schlussprotokoll zum Abkommen wird wie folgt geändert:

Nach Punkt 15 wird ein neuer Punkt 15a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„(15a) Zu Artikel 26:

(1) Für die Anwendung des Artikels 26 wird der OECD-Kommentar zu Artikel 26 des Musterabkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls aktuellen Fassung verwendet.

(2) Bestätigt der ersuchende Vertragsstaat, dass die erbetenen Informationen für die in Artikel 26 des Abkommens genannten Zwecke „voraussichtlich erheblich“ sind, so akzeptiert die ersuchte Behörde diese Bestätigung.

requis.

(8) Lorsqu'une personne refuse de fournir des renseignements demandés dans le cadre du présent article ou omet de fournir ces renseignements dans le délai prescrit par l'administration fiscale de l'Etat requis, l'Etat requis peut avoir recours à des mesures d'exécution appropriées à l'encontre de cette personne. Ces mesures d'exécution comprennent, notamment, les moyens de contrainte (*Zwangsmittel*) visés aux paragraphes 328 et suivants du Code de procédure fiscale (*Abgabenordnung*) en ce qui concerne l'Allemagne et les procédures en référé en ce qui concerne la Belgique. Cette personne peut être contrainte de fournir les renseignements sous peine des sanctions civiles ou pénales prévues par la législation de l'Etat requis.

(9) Si l'autorité compétente d'un Etat contractant en fait expressément la demande, l'autorité compétente de l'autre Etat contractant fournit des renseignements en vertu du présent article sous la forme de dépositions de témoins et de copies certifiées conformes de documents originaux non modifiés (y compris les livres, documents, déclarations, procès-verbaux ou autres enregistrements, rapports et écrits).

(10) L'Etat requis autorise des représentants de l'Etat requérant à pénétrer sur son territoire en vue d'interroger des personnes physiques et d'examiner des livres et procès-verbaux ou autres enregistrements. Ces auditions et examens se déroulent conformément aux conditions et limites convenues par les autorités compétentes des deux Etats contractants.»

Article II

Le Protocole final à la Convention est modifié comme suit:

A la suite du numéro 15, un nouveau numéro 15a est rédigé comme suit:

«(15a) Ad Article 26:

(1) Les Commentaires OCDE sur l'article 26 du Modèle de convention fiscale concernant le revenu et la fortune, dans la version existant au moment de l'entrée en vigueur du présent Protocole, sont utilisés pour l'application de l'article 26.

(2) Si l'Etat contractant requérant confirme que les renseignements demandés sont «vraisemblablement pertinents» aux fins mentionnées à l'article 26 de la Convention, l'autorité requise accepte cette confirmation.

landse belastingwetgeving van de aangezochte Staat.

(8) Wanneer een persoon weigert om inlichtingen te verstrekken die in het kader van dit artikel zijn gevraagd of nalaat die inlichtingen te geven binnen de termijnen vereist door de belastingadministratie van de aangezochte Staat, mag de aangezochte Staat gepaste uitvoeringsmaatregelen tegen die persoon nemen. Die uitvoeringsmaatregelen omvatten met name de dwangmiddelen (*Zwangsmittel*) zoals bedoeld in de paragrafen 328 en volgende van het Wetboek van belastingprocedure (*Abgabenordnung*) in het geval van Duitsland en de procedures in kort geding in het geval van België. Die persoon kan worden verplicht die inlichtingen te geven op straffe van de burgerlijke of strafrechtelijke straffen waarin de wetgeving van de aangezochte Staat voorziet.

(9) Wanneer daar door de bevoegde autoriteit van een overeenkomstsluitende Staat uitdrukkelijk om is verzocht, verschaft de bevoegde autoriteit van de andere overeenkomstsluitende Staat inlichtingen op grond van dit artikel in de vorm van getuigenverklaringen en gewaarmerkte afschriften van onbewerkte oorspronkelijke documenten (met inbegrip van de boeken, documenten, verklaringen, processen-verbaal of andere aantekeningen, verslagen en geschriften).

(10) De aangezochte Staat laat vertegenwoordigers van de aanzoekende Staat toe zijn grondgebied te betreden om er natuurlijke personen te ondervragen en om er boeken en processen-verbaal of andere aantekeningen te onderzoeken. Die ondervragingen en onderzoeken gebeuren onder de voorwaarden en binnen de grenzen die zijn overeengekomen door de bevoegde autoriteiten van beide overeenkomstsluitende Staten.”

Artikel II

Het Slotprotocol bij de Overeenkomst wordt als volgt gewijzigd:

Na nummer 15 wordt een nieuw nummer 15 A ingevoegd dat als volgt luidt:

“(15a) Met betrekking tot artikel 26:

(1) Voor de toepassing van artikel 26 zal gebruik worden gemaakt van de OESO-commentaar bij artikel 26 van het modelverdrag inzake belastingen naar het inkomen en naar het vermogen in de versie die bestaat op het tijdstip waarop dit Protocol in werking treedt.

(2) Indien de aanzoekende overeenkomstsluitende Staat bevestigt dat de gevraagde inlichtingen “naar verwachting relevant” zijn voor de in artikel 26 van de Overeenkomst vermelde doeleinden, neemt de aangezochte Staat die bevestiging aan.

(3) Im Falle eines Auskunftersuchens zur Aufdeckung und Ermittlung noch nicht identifizierter Steuerfälle sind die erbetenen Informationen ebenfalls „voraussichtlich erheblich“.

(4) Soweit nach Artikel 26 personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen:

- a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle (autorité/autoriteit) ist in Übereinstimmung mit Artikel 26 nur zu dem von der übermittelnden Stelle angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten und ihre voraussichtliche Erheblichkeit im Sinne des Artikels 26 und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Voraussichtlich erheblich sind die Daten, wenn im konkreten Fall die ernstliche Möglichkeit besteht, dass der andere Vertragsstaat ein Besteuerungsrecht hat und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Daten der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats bereits bekannt sind oder dass die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats ohne die Auskunft von dem Gegenstand des Besteuerungsrechts Kenntnis erlangt. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt wurden, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten unverzüglich vorzunehmen. Wurden Daten spontan übermittelt, hat die empfangende Stelle unverzüglich zu prüfen, ob die Daten für den Zweck erforderlich sind, für den sie übermittelt wurden; nicht benötigte Daten hat sie unverzüglich zu löschen.
- c) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen im Einzelfall zum Zweck der Auskunftserteilung an den Betroffenen über die Verwendung der übermittelten Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse.
- d) Sofern nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehen, hat die empfangende Stelle den Betroffenen über die Datenerhebung durch die übermittelnde Stelle zu unterrichten, es sei denn, die Daten wurden spontan übermittelt. Die Information kann unterbleiben, soweit und solange eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse an dem Unterbleiben der Information gegenüber dem Informationsinteresse des Betroffenen überwiegt.

(3) Les renseignements demandés sont aussi «vraisemblablement pertinents» dans le cas d'une demande de renseignements en vue de détecter et d'enquêter sur des affaires fiscales non encore identifiées.

(4) Dans la mesure où des données à caractère personnel sont communiquées en vertu de l'article 26, les dispositions complémentaires suivantes s'appliquent:

- a) L'autorité qui reçoit de telles données ne peut les utiliser conformément à l'article 26 qu'aux fins indiquées par l'autorité qui les a communiquées et dans les conditions prescrites par cette autorité.
- b) L'autorité qui communique les données est tenue de s'assurer que les données communiquées sont exactes, qu'elles sont vraisemblablement pertinentes au sens de l'article 26 et qu'elles sont appropriées compte tenu du but poursuivi. Les données sont vraisemblablement pertinentes si, dans le cas concerné, il existe une possibilité sérieuse que l'autre Etat contractant dispose d'un droit d'imposition et si rien n'indique que les données sont déjà connues de l'autorité compétente de l'autre Etat contractant ou que l'autorité compétente de l'autre Etat contractant pourrait avoir connaissance de l'élément imposable sans ces renseignements. S'il s'avère que des données inexactes ou des données qui n'auraient pas dû être communiquées l'ont été, l'autorité qui les a reçues en est informée sans délai. Cette autorité est tenue de corriger ou de détruire ces données sans délai. Si des données ont été communiquées spontanément, l'autorité qui les reçoit vérifie sans délai si ces données sont nécessaires aux fins pour lesquelles elles ont été fournies; cette autorité détruit immédiatement les données qui ne sont pas nécessaires.
- c) L'autorité qui reçoit les données informe sur demande, au cas par cas, l'autorité qui les a communiquées en vue d'informer la personne concernée de l'utilisation qui a été faite des données communiquées et des résultats ainsi obtenus.
- d) Si sa législation interne le prévoit, l'autorité qui reçoit les données informe la personne concernée de la collecte de ces données par l'autorité qui les a communiquées, à moins que ces données aient été communiquées spontanément. La personne concernée ne doit pas être informée dans la mesure où il apparaît que l'intérêt général à ne pas l'informer l'emporte sur le droit de cette personne d'être informée.

(3) De gevraagde inlichtingen zullen tevens "naar verwachting relevant" zijn wanneer er om inlichtingen wordt verzocht om nog niet gekende belastinggevallen op het spoor te komen en te onderzoeken.

(4) Voor zover er ingevolge artikel 26 gegevens worden verstrekt die op een persoon betrekking hebben, zijn de volgende aanvullende bepalingen van toepassing:

- a) De ontvangende autoriteit mag die gegevens overeenkomstig artikel 26 enkel gebruiken voor het doel dat door de verstreckende autoriteit gespecificeerd is en zij is onderworpen aan de voorwaarden die zijn vastgelegd door de verstreckende autoriteit.
- b) De verstreckende autoriteit is verplicht ervoor te zorgen dat de te verstrekken gegevens correct zijn, dat ze naar verwachting relevant zijn in de zin van artikel 26 en dat ze in verhouding staan tot het doel waarvoor ze worden verstrekt. Gegevens zijn naar verwachting relevant wanneer er in het concrete geval in kwestie een ernstige kans bestaat dat de andere overeenkomstsluitende Staat het recht heeft om belasting te heffen en niets erop wijst dat de gegevens reeds bekend zijn bij de bevoegde autoriteit van de andere overeenkomstsluitende Staat of dat de bevoegde autoriteit van de andere overeenkomstsluitende Staat zonder die inlichtingen kennis zou kunnen hebben van het belastbare bestanddeel. Indien zou blijken dat er onjuiste gegevens werden verstrekt, of dat er gegevens werden verstrekt die niet verstrekt mochten worden, wordt de ontvangende autoriteit daar onverwijld van in kennis gesteld. Die autoriteit is verplicht om dergelijke gegevens zonder uitstel te verbeteren of te vernietigen. Indien die gegevens spontaan werden verstrekt gaat de ontvangende autoriteit onverwijld na of ze noodzakelijk zijn voor het doel waarvoor ze werden verstrekt; die autoriteit vernietigt onmiddellijk alle niet noodzakelijke gegevens.
- c) Indien daarom wordt verzocht licht de ontvangende autoriteit de verstrekken de autoriteit geval per geval in over het gebruik van de verstrekte gegevens en over de daarmee bereikte resultaten, zodat zulks aan de betrokken persoon kan medegedeeld worden.
- d) Indien zijn nationale wetgeving daarin voorziet stelt de ontvangende autoriteit de betrokken persoon op de hoogte van de inzameling van de gegevens door de verstreckende autoriteit tenzij die gegevens spontaan werden medegedeeld. De betrokken persoon moet niet worden ingelicht wanneer en zo lang er na overweging geoordeeld wordt dat het algemeen belang dat verbonden is aan het niet inlichten zwaarder weegt dan het recht dat die persoon heeft om ingelicht te worden.

- | | | |
|--|---|--|
| <p>e) Im Rahmen der Möglichkeiten des innerstaatlichen Rechts des empfangenden Vertragsstaats ist der Betroffene auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck zu unterrichten. Buchstabe d Satz 2 gilt entsprechend.</p> | <p>e) A sa demande, la personne concernée est informée, dans les limites prévues par la législation interne de l'Etat contractant qui reçoit les données, des données communiquées la concernant et de l'utilisation qui doit en être faite. La seconde phrase du sous-paragraphe d) s'applique mutatis mutandis.</p> | <p>e) Op zijn verzoek, en binnen de grenzen die in de wetgeving van de ontvangende overeenkomstsluitende Staat zijn bepaald, wordt de betrokken persoon ingelicht over de gegevens die ten aanzien van zijn persoon zijn verstrekt en over het beoogde gebruik daarvan. De tweede zin van subparagraaf d) is mutatis mutandis van toepassing.</p> |
| <p>f) Wird jemand im Zusammenhang mit Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht wurde.</p> | <p>f) L'autorité qui reçoit des données est responsable, conformément à sa législation interne, à l'égard de toute personne subissant un préjudice illégal lié à la communication de données dans le cadre de l'échange de renseignements prévu par la présente Convention. L'autorité qui a reçu les données ne peut invoquer à sa décharge, vis-à-vis de la personne lésée, que le préjudice a été causé par l'autorité qui a communiqué les données.</p> | <p>f) De ontvangende autoriteit is verantwoordelijk overeenkomstig zijn nationale wetgeving jegens eenieder die onrechtmatig wordt geschaad ten gevolge van gegevens die op grond van deze Overeenkomst zijn verstrekt in het kader van de uitwisseling van inlichtingen. De ontvangende autoriteit kan tegenover de benadeelde persoon niet ter verschoning aanvoeren dat de schade werd veroorzaakt door de verstrekende autoriteit.</p> |
| <p>g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.</p> | <p>g) L'autorité qui communique les données et celle qui les reçoit sont tenues d'enregistrer officiellement la communication et la réception de données à caractère personnel.</p> | <p>g) De verstrekende en de ontvangende autoriteit zijn verplicht om gegevens aangaande het verstrekken en de ontvangst van gegevens die op een persoon betrekking hebben officieel te registreren.</p> |
| <p>h) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. In jedem Fall sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt wurden, nicht mehr erforderlich sind.</p> | <p>h) Si la législation interne de l'autorité qui fournit les données contient des dispositions spéciales concernant la destruction des données à caractère personnel communiquées, cette autorité en informe l'autorité qui les reçoit. Les données communiquées sont en tout cas détruites lorsqu'elles ne sont plus nécessaires aux fins pour lesquelles elles ont été communiquées.</p> | <p>h) Indien de nationale wetgeving van de verstrekende autoriteit bijzondere bepalingen bevat aangaande de vernietiging van de medegedeelde gegevens die op een persoon betrekking hebben, brengt die autoriteit de ontvangende autoriteit daarvan op de hoogte. In elk geval worden de gegevens die op een persoon betrekking hebben vernietigd zodra ze niet meer nodig zijn voor het doel waarvoor ze zijn verstrekt.</p> |
| <p>i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.“</p> | <p>i) L'autorité qui communique les données et celle qui les reçoit sont tenues de prendre des mesures efficaces afin de protéger les données à caractère personnel communiquées contre les accès non autorisés, les modifications non autorisées et les communications non autorisées.»</p> | <p>i) De verstrekende en de ontvangende autoriteit zijn verplicht doeltreffende maatregelen te nemen teneinde de verstrekte gegevens die op een persoon betrekking hebben te beschermen tegen onbevoegde toegang, onbevoegde wijziging en onbevoegde bekendmaking.</p> |

Artikel III

(1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Protokoll tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieses Protokoll ist anzuwenden

- auf Steuerstrafsachen in Bezug auf am oder nach dem 1. Januar 2006 beginnende Veranlagungszeiträume;
- auf alle anderen Steuerangelegenheiten in Bezug auf alle am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnenden Veranlagungszeiträume.

Article III

(1) Le présent Protocole sera soumis à ratification; les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Berlin.

(2) Le présent Protocole entrera en vigueur le jour de l'échange des instruments de ratification.

(3) Les dispositions du présent Protocole s'appliqueront:

- en matière fiscale pénale, pour les périodes imposables commençant à partir du 1^{er} janvier 2006;
- en ce qui concerne toutes les autres questions fiscales, pour les périodes imposables commençant à partir du 1^{er} janvier 2010.

Artikel III

(1) Dit Protocol zal worden bekrachtigd en de akten van bekrachtiging zullen zo spoedig mogelijk in Berlijn worden uitgewisseld.

(2) Dit Protocol zal in werking treden op de datum van de uitwisseling van de akten van bekrachtiging.

(3) De bepalingen van dit Protocol zullen toepassing vinden:

- wat strafrechtelijke fiscale aangelegenheden betreft: op belastbare tijdperken die aanvangen op of na 1 januari 2006;
- wat alle andere fiscale aangelegenheden betreft: op belastbare tijdperken die aanvangen op of na 1 januari 2010.

(4) Dieses Protokoll ist Bestandteil des Abkommens und bleibt ebenso lange in Kraft wie das Abkommen selbst.

Geschehen zu Brüssel am 21. Januar 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Le présent Protocole fait partie intégrante de la Convention et demeurera en vigueur aussi longtemps que la Convention elle-même reste en vigueur.

Fait à Bruxelles, le 21 janvier 2010, en double exemplaire en langues allemande, française et néerlandaise, tous les textes faisant également foi.

(4) Dit Protocol vormt een integrerend deel van de Overeenkomst en zal van kracht blijven zolang de Overeenkomst zelf van kracht blijft.

Gedaan in tweevoud te Brussel, op 21 januari 2010 in de Duitse, de Franse en de Nederlandse taal, zijnde alle teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République Fédérale d'Allemagne
Voor de Bondsrepubliek Duitsland

R. Bettzuege

Für das Königreich Belgien
Pour le Royaume de Belgique
Voor het Koninkrijk België

Reynders

Denkschrift

I. Allgemeines

Am 21. Januar 2010 wurde ein Änderungsprotokoll zum geltenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Belgien (BGBl. 1969 II S. 17, 18) über den Informationsaustausch unterzeichnet. Das Änderungsprotokoll orientiert sich am OECD-Musterabkommen für Steuerinformationsabkommen (TIEA) von 2002 und an Artikel 26 des OECD-Musterabkommens für Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) von 2005. Das Änderungsprotokoll passt Artikel 26 des deutsch-belgischen DBA vom 11. April 1967, zuletzt geändert durch das Zusatzabkommen vom 5. November 2002 (BGBl. 2003 II S. 1615, 1616), an den aktuellen OECD-Standard eines effektiven Informationsaustauschs an. Das bedeutet, dass für die Besteuerung relevante Informationen, die anderweitig nicht beschafft werden können, vom ersuchten Staat beschafft und an den anfragenden Staat übermittelt werden müssen. Das gilt auch für Bankinformationen sowie für Informationen über die Eigentümer von Gesellschaften sowie die Gründer bzw. Begünstigten intransparenter Rechtsträger. Diese Informationen müssen auf Ersuchen ausländischen Finanzbehörden zur Verfügung gestellt werden können. Ein Auskunftersuchen kann auch zur Aufdeckung unbekannter Steuerfälle gestellt werden. Hiervon sind sogenannte Rasterfahndungen – „Fishing expeditions“ (Fischzüge) – ausgeschlossen.

Artikel I des Änderungsprotokolls enthält die Änderung des Artikels 26 des geltenden DBA. Artikel II fügt an den Punkt 15 des Schlussprotokolls zum geltenden DBA einen neuen Punkt 15a an. In den Absätzen 1 bis 3 des Punktes 15a werden die Voraussetzungen für die Auskunftersuchen spezifiziert. Der Punkt 15a Absatz 4 enthält die Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten. Artikel III regelt das Inkrafttreten des Änderungsprotokolls.

II. Besonderes

Zu Artikel I

Dieser Artikel ändert den Artikel 26 des geltenden DBA und regelt den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten entsprechend dem aktuellen OECD-Musterabkommen. Er bezieht sich auf Informationen, die zur Durchführung die-

ses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten zur Verwaltung und Durchsetzung betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung voraussichtlich erheblich sind, und ist damit nicht auf die Abkommenssteuern beschränkt. Die Informationen dürfen unter bestimmten Voraussetzungen auch für andere Zwecke, wie zur Aufdeckung von Geldwäschdelikten oder Terrorismusfinanzierung verwendet werden. Die Absätze 7 bis 10 des geänderten Artikels 26 enthalten Regelungen für die Ermittlungsmöglichkeiten nach belgischem Recht, die dem DBA USA/Belgien entnommen und an die deutsch-belgischen Verhältnisse angepasst wurden. Der Absatz 10 des geänderten Artikels 26 gestattet Vertretern des ersuchenden Staates die Einreise in den ersuchten Staat zur Vernehmung von Personen und zur Prüfung von Büchern und Aufzeichnungen. Die Beteiligung belgischer Hoheitsträger bei Vernehmungen oder Prüfungen in Deutschland erfolgen nur in Anwesenheit und unter Leitung deutscher Beamter.

Zu Artikel II

Dieser Artikel fügt dem Punkt 15 des Schlussprotokolls zum geltenden DBA einen neuen Punkt 15a an. In den Absätzen 1 bis 3 des Punktes 15a werden die Voraussetzungen für die Auskunftersuchen spezifiziert. Absatz 4 des Punktes 15a enthält einige zusätzliche Vorschriften zum Schutz von personenbezogenen Daten (Datenschutzklausel).

Zu Artikel III

Dieser Artikel regelt in Absatz 1 die Ratifikation und in den Absätzen 2 und 3 das Inkrafttreten und die Anwendung des Änderungsprotokolls. Hiernach tritt das Änderungsprotokoll am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und wird auf Steuerstrafsachen in Bezug auf am oder nach dem 1. Januar 2006 beginnende Veranlagungszeiträume sowie auf alle anderen Steuerangelegenheiten in Bezug auf alle am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnenden Veranlagungszeiträume anzuwenden sein.

Nach Absatz 4 ist das Änderungsprotokoll Bestandteil des geltenden DBA und bleibt ebenso lange in Kraft wie das DBA selbst.